

Jakob Kaiser:

Stark sein für die Wiedervereinigung!

Einheitswahlen täuschen die Welt nicht — Auseinandersetzung mit dem Kommunismus

Über die Probleme der deutschen Wiedervereinigung hat der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, in Königstein (Taunus) eine grundlegende Rede gehalten. Kaiser sprach anlässlich einer Kundgebung des Königsteiner Kreises, einer Vereinigung von Juristen und Beamten aus der Sowjetzone, die sich besonders mit den Fragen der Wiedervereinigung beschäftigt. Wir geben Jakob Kaisers Rede, die der Bundesminister mit voller Absicht gerade am Tage der sowjetzonalen Einheitswahl hielt, hier unwesentlich gekürzt wieder:

Die Einheitswahl vom 17. Oktober, sagte Kaiser einleitend, sei, wenn es dessen überhaupt noch bedürft hätte, ein neuer Beweis dafür, wie genau das SED-System die wahre Haltung der Bevölkerung kennt: „Trotz der Entmannung der nichtkommunistischen Parteien wagt man nicht einmal, die Wahl zwischen den Satellitenparteien freizugeben.“

Man kann in der Zone gewiß sein, daß niemand in der Bundesrepublik und in der übrigen freien Welt sich von dem Ergebnis dieser Scheinwahlen täuschen läßt. Niemand wird an die wirklichen Haltung der achtzehn Millionen irre. Wir bedauern diesen Tag der Scheinwahlen dabei nicht nur um des Gewissenzwanges für die achtzehn Millionen willen. Wir bedauern ihn auch, weil er wiederum ein Licht auf das wirft, was man im Osten noch immer als freie Wahlen bezeichnet.“

Freie Wahlen!

Der Bundesminister betonte in diesem Zusammenhang, daß der Weg zur Wiedervereinigung über wirklich freie Wahlen in ganz Deutschland führen müsse: „Wirklich freie Wahlen bleiben für uns der Weg zur Wiedervereinigung. Lassen Sie uns an diesem 17. Oktober noch einmal feststellen, was für die gesamte freie Welt zu freien Wahlen ge-

hört. Es gehört dazu Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Redefreiheit. Es gehört dazu die Zulassung aller Parteien.“

Wille zur Einheit

„Gerade dieser 17. Oktober in der Zone zeigt uns wieder, wie naiv es wäre, wollte man bei gesamtdeutschen Wahlen auf eine neutrale Kontrolle verzichten. Im übrigen wäre es eine Illusion, anzunehmen, freie Wahlen würden uns von der Sowjetunion auf dem Präsenzierteller geboten. Freie Wahlen werden das Ergebnis einer entschlossenen Wiedervereinigungspolitik sein.“

Der Wille zur Wiedervereinigung sei überall lebendig, das habe gerade jetzt auch die heftige Auseinandersetzung über dieses zentrale Problem im Bundestag gezeigt. „Wer offene Augen und Ohren für die Haltung unseres Volkes hat, der kann nur feststellen: der Wille zur Wiedervereinigung bricht sich in allen Schichten und in allen Teilen unseres Volkes immer mehr Bahn. An die Politik des In- und Auslandes wird immer mehr der Maßstab angelegt: wie verhält sich diese Politik zur Wiedervereinigung? Besonders aktive Kreise — wie hier der Königsteiner Kreis — tun das ihre dazu, den Willen zur Wiedervereinigung ständig zu steigern. Hinzu kommt in

zunehmendem Maße die Wirksamkeit der Volksbewegung Unterteilbares Deutschland.“

Keine Patentlösung

„Das natürliche Bewußtsein der Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes setzt sich unaufhaltsam durch. Man sollte deshalb ruhig aufhören, sich über die Rangordnung der Ziele unserer Politik zu streiten. Zur Erörterung mögen die Methoden stehen, die zum Ziele der Wiedervereinigung führen können. Hier aber sollten sich alle demokratischen Richtungen und Gruppen gegenseitig eines zubilligen: auch der andere könnte in diesem und jenem Punkte recht haben. Es gibt ja schließlich nach allem, was wir in diesen zehn Jahren erfahren haben, keine Patentlösungen für die Wiedervereinigung unseres Landes.“

Die deutsche Politik um die Wiedervereinigung muß eine bestimmte Beweglichkeit behalten“, fuhr der Bundesminister fort, „kaum je ist ja die Weltgeschichte so von Dynamik erfüllt gewesen wie in den letzten Jahrzehnten. Deswegen bedarf es ständiger Überprüfung und Anpassung. Beweglichkeit darf allerdings nicht zur Grundsatzlosigkeit werden. Unsere Wiedervereinigungspolitik muß einige Konstanten enthalten, die unveräußerlich sind.“

Unveräußerlich sind die beiden Erfordernisse Freiheit und Sicherheit. Das heißt es kann nur eine Wiedervereinigung geben, die nicht nur den 50 Millionen in der Bundesrepublik die Freiheit läßt. Sondern die auch den 18 Millionen in Mit-

Fortsetzung auf Seite 2

Stark sein für die Wiedervereinigung

Fortsetzung von Seite 1

teldeutsland die Freiheit bringt. Die Wiedervereinigung würde zum Widersinn werden, wenn sie allen 70 Millionen statt Freiheit Unfreiheit bringen würde.

Unveräußerlich ist uns auch unsere Treue zur freien Welt. Zur Gesinnungsgemeinschaft mit der freien Welt gehören aber nicht nur die 50 Millionen Deutsche, sondern auch die Millionen jenseits des eisernen Vorhanges. Deshalb ist es nicht unbillig zu erwarten, daß sich die freie Welt mit wachsendem Nachdruck dafür einsetzt, daß die Barrieren innerhalb Deutschlands so bald wie möglich fallen.“

Forderung der Zone

In erster Linie bleibe es aber die Aufgabe des deutschen Volkes, sich um die Wiedervereinigung zu bemühen. Dabei sei es nicht mit materieller Hilfe getan:

„Wollen wir freie Wahlen, so müssen wir schon heute bereit sein, dem Kommunismus ideologisch zu begegnen. Wir müssen bereit sein, uns politisch mit ihm auseinanderzusetzen, auch wenn er heute in der Bundesrepublik schon zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist.

Millionen aus Mitteldeutschland — insbesondere die jüngeren Menschen — erwarten von uns, daß wir Stellung beziehen. Sie erwarten, daß wir die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus als eine gesamtdeutsche Aufgabe begreifen. Volle Läden und gutbelegte Butterbrote tun es nun einmal nicht allein. Um so mehr treten die geistigen und politischen Fragen in den Vordergrund. Die 18 Millionen in der Zone wollen aus der Welt heraus begriffen sein, in die man sie hineingezwungen hat. Sie wollen geistige und politische Stärkung von uns.“

Allein im August dieses Jahres sind mehr als 400 000 Besucher aus der Zone in die Bundesrepublik gekommen und 350 000 aus der Bundesrepublik besuchten im gleichen Monat die Zone. „Es kommt also schon in

reichlichem Maße zu gesamtdeutschen Gesprächen. Sicherlich anders als es sich die Herren in Pankow vorstellen. In diesen Begegnungen wird die Wiedervereinigung in konkreter Weise vorbereitet.“

Kaiser forderte energisch, daß die verantwortlichen Kräfte in Westdeutschland, Regierung und Opposition, so einig sie sich in den Grundfragen der Wiedervereinigung seien, auch zu größerer Gemeinsamkeit in ihren Ansichten über die Wege zur Wiedervereinigung kommen müßten, d. h. in den außenpolitischen Fragen. Zu der sozialdemokratischen Haltung gegenüber der Londoner Konferenz sagte er in diesem Zusammenhang:

„Auf der Londoner Konferenz wurden doch erhebliche Fortschritte erzielt. Z. B. fällt das Notstandsrecht der Besatzungsmächte fort. Durch die Teilnahme am Atlantikpakt erhalten wir Sitz und Stimme in einem Nervenzentrum der heutigen Strategie und Politik. Ich

Wehrlosigkeit ändert nichts

„Schließlich sind wir nunmehr fast ein Jahrzehnt ein militärisches Niemandsland gewesen. Und niemand hat sich gefunden, der unsere Wehr- und Waffenlosigkeit mit der Wiedervereinigung belohnt hätte. Im Gegenteil: man hat die sogenannte Deutsche Demokratische Republik immer mehr ausgebaut. Es fehlt mir einfach der Glaube, daß es durch ein zweites Jahrzehnt der Wehrlosigkeit besser werden sollte.

Das schließt aber auf keinen Fall aus, daß wir nicht in jedem Augenblick darauf zu achten haben, ob sich nicht konkrete Möglichkeiten der Wiedervereinigung bieten, d. h. wir haben darauf zu achten, ob sich nicht der Weg zu freien Wahlen, zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung und Regierung öffnet. Eine erste Voraussetzung dafür ist die Unterstützung der freien Völker für unser Anliegen. Deshalb können wir meines Erachtens die in London gefestigte

glaube wirklich, daß man an die Londoner Abmachungen mit größerer Bereitschaft und Zuversicht herangehen kann als es bei dem Bonn-Paris-Vertragswerk von 1952 der Fall war.

Selbstverständlich müssen wir uns die Frage stellen: Wie dient die neue Politik der Wiedervereinigung? Denn das ist und bleibt ja für uns die Kernfrage.

Gerade wenn wir die Verantwortung für die Wiedervereinigung unseres Landes vor uns als Sache der Deutschen sehen, müssen wir die kommende Gleichberechtigung als wesentlich günstigere Voraussetzung erkennen als den bisherigen Zustand. Die Gleichberechtigung aber wird uns zuwachsen, wenn das Londoner Abkommen verwirklicht wird.

Demgegenüber wird nun der Einwand gemacht: Deutschland werde seine Gleichberechtigung nur um den Preis einer engen Bindung an das westliche Allianz-System erhalten. Dazu kann ich nur sagen: so wie die Dinge heute liegen, kann Deutschland nicht ohne Rückhalt bleiben.“

Einheit des Westens nur begründen.

Die zögernde Haltung in der Wiederbewaffnungsfrage wird aber auch damit begründet, man solle zunächst noch einmal auf dem Wege über Viermächte-Verhandlungen erproben, ob nicht doch vielleicht eine Freundschaft der Sowjetunion zustellen sei. Darauf kann man nur sagen: Der Sowjetunion bleibt es doch jederzeit unbenommen, die Barrieren fortzuräumen, die auf ihrer Seite einer echten Lösung der deutschen Frage entgegenstehen.

Ich bin und bleibe der Auffassung, daß ein großes Land wie Deutschland in einer so exponierten Lage wie der unseren nicht ohne eigene Sicherung bleiben kann. Ich bin sogar der Auffassung, daß wir die Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern werden, wenn wir den großen Mächten die Gewähr bieten können, daß wir wenigstens bis zu einem gewissen Grad für unsere Sicherheit geradestehen können.“

Für 4,2 Mill. DM Hilfe

Washington (AP/DPA). Die amerikanische Regierung hat die Verschiffung von Butter, Getreide und anderen Lebensmitteln im Werte von mehreren Millionen Dollar zur Unterstützung der Überschwemmungsopfer in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in Jugoslawien gebilligt. Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands wird Lieferungen im Werte von einer Million Dollar (4,2 Millionen DM) erhalten.

Echte Freundschaft mit Japan

Yoshidas Staatsbesuch in Bonn

Bonn (AP/DPA). Der japanische Ministerpräsident Yoshida, der sich auf einer Weltreise befindet, hat in Bonn Besprechungen mit Bundespräsident Professor Heuss und Bundeskanzler Dr. Adenauer geführt. Hierbei wurde die deutsch-japanische Freundschaft betont und der Wunsch auf enge wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit beider Länder zum Ausdruck gebracht.

„Japan und Deutschland stehen heute am Rande der freien Welt und sehen sich beide derselben Bedrohung durch die Mächte des Kommunismus gegenüber“, sagte Adenauer bei einem Empfang des Gastes im Palais Schaumburg. Yoshida erwiderte, daß ihn das „gewaltige Wiederaufbauwerk“ Deutschlands, „die Kraft und der Geist des deutschen Volkes, die dieses Land überdauert haben“, tief beeindruckt haben.

Im weiteren Verlauf seiner Ansprache sagte der Bundeskanzler, beide Nationen seien von demselben Geist lebendiger Demokratie und unbeugsamen Freiheitswillens beseelt, der allein die Bedrohung durch den Kommunismus überwinden könne.

Osterreichs KP verlor

Wien (DPA/AP). Die Landtagswahlen in den vier österreichischen Bundesländern Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg haben die beherrschende Stellung der beiden Regierungsparteien, der österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei, gefestigt, gleichzeitig aber den Kommunisten und dem rechtsstehenden

Volle Souveränität für Deutschland

Erfolgreicher Abschluß der Vorarbeiten in Bonn

Bonn (DPA/AP). Die deutsch-alliierten Experten haben in achttägiger pausenloser Arbeit den Entwurf für die mit der Aufhebung des Besatzungsregimes verbundenen vertraglichen Vereinbarungen auf Grund der Londoner Schlußakte fertiggestellt. Ein Arbeitsbericht und die „Anwendungsprotokolle zum Deutschlandvertrag“ wurden am gleichen Tage der Bundesregie-

rung und den Regierungen der USA, Großbritannien und Frankreichs zugeleitet. Regierungsstellen in Bonn erklärten, die Vorarbeiten seien so erfolgreich gewesen, daß sie die geeignete Grundlage für die Verhandlungen der Außenminister in Paris abgeben würden, die jetzt begannen.

In dem Mantelprotokoll zum Deutschlandvertrag wird der Besatzungszustand grundsätzlich für beendet erklärt und der Bundesrepublik „die volle Gewalt eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten übertragen“.

Die früheren Bestimmungen des Bonner Vertrages sind jetzt erheblich deutlicher gefaßt. So verpflichten sich die vier Signatarmächte gemeinsam, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und einer künftigen gesamtdeutschen Regierung volle Handlungsfreiheit zu geben. Die Westmächte behalten aber Sonderrechte in Berliner und gesamtdeutschen Problemen, um den Viermächte-Kontakt in Deutschland nicht zu verlieren. Diese Einschränkung wurde von allen deutschen Parteien als notwendig angesehen.

Die Anwendungsprotokolle bedeuten für die Bundesrepublik das Ende der „Besatzungszeit“ auf fast allen Gebieten. So werden die Alliierte Oberkommission und ihre untergeordneten Dienststellen in den Bundesländern abgebaut und in Botschaften und Konsulate umgewandelt. Die deutschen Geschäftsträger in Paris, London und Washington erhalten vollen diplomatischen Status und werden Botschafter.

Aussöhnung fördern!

Straburg (DPA). Zwanzig führende deutsche und französische Journalisten vereinbarten auf einer Tagung in Straburg, die Aussöhnung zwischen ihren beiden Nationen durch eine verantwortungsbewußte und verständnisvolle Berichterstattung über das Nachbarland mehr als bisher zu fördern.

Bundesregierung zum „Wahlergebnis“

Bonn (AP/DPA). Die Bundesregierung hat am Montag in einer Stellungnahme zu dem Ergebnis der „Wahlen“ in der Sowjetzone und in Ostberlin erklärt, das Massenvotum für die Einheitsliste habe mit echten Wahlen nicht das mindeste zu tun. Da schon allein das Erscheinen in den sogenannten Wahllokalen mit einer Stimmb-

gabe für die Einheitsliste gleichbedeutend und ein Widerstand nicht möglich gewesen sei, besitze die aus den Wahlen hervorgegangene „Volksvertretung“ keinerlei wirkliche Legitimation.

Sowjetzonenbewohner, die am Sonntagabend nach Westberlin kamen, schilderten übereinstimmend, unter welchem Terror der Wahlvorgang sich abspielte.

Glockengeläut gegen KP

Kommunistische Kundgebung in Mainz endete kläglich

Mainz (AP). Eine Großkundgebung, zu der die rheinland-pfälzische KP am Mittwoch die „Massen“ von Mainz und Umgebung auf einem Platz in der Mainzer Altstadt versammeln wollte, nahm durch störende Geräusche ein etwas klägliches Ende.

Schon der Besuch der „Großkundgebung“ mit etwa 60 Personen, davon ein guter Teil Kriminalbeamte und Beobachter demokratischer Parteien, war kümmerlich. Kaum aber hatte „Massenagitator“ Friedel Janecek (Leiter der Abteilung Massenorganisationen beim KPD-Hauptvorstand in Düsseldorf) das Wort ergriffen, als vom nahen Dom und etlichen umliegenden Kirchen machtvolles Glockengeläut einsetzte, gegen das auch die mitgebrachten Lautsprecher nicht ankamen. Nachdem auch noch einige Fahrzeugbesitzer auf dem angrenzenden Parkplatz mit knatternden Motoren und gellendem Hupen die störende Geräuschkulisse verstärkten, ließen die Teilnehmer der Versammlung schließlich auseinander.

Deutsche Flugzeuge kommen im November

Köln (DPA). Die ersten vier in den USA bestellten Flugzeuge für die Aufnahme des Flugdienstes der Deutschen Lufthansa werden voraussichtlich im November dieses Jahres auf der Flugzeugwerft der Lufthansa in Hamburg-Fuhlsbüttel eintreffen.

Es sind zweimotorige Maschinen vom Typ Convair 340, die im kommenden Frühjahr die

ersten innereuropäischen Linien der Lufthansa von Hamburg nach Paris und London und möglicherweise auch nach Madrid befliegen sollen.

Seit vier Jahren ...

Berlin (DPA). Die Leuchtschriftenanlage auf der Westberliner Seite des Dreisektorenecks am Potsdamer Platz besteht jetzt vier Jahre.

Gedenktag für die Kriegsgefangenen

Verkehrsruhe im gesamten Bundesgebiet

Berlin (Eigenmeldung). Im Bundesgebiet und in Westberlin wird an den Kriegsgefangenen-Gedenktagen am 23. und 24. Oktober auf allen öffentlichen Gebäuden halbmast geflaggt. Die Fahnen werden einen Trauererfior tragen. Am 23. Oktober wird überall als Zeichen des Gedenkens an die Kriegsgefangenen von 12 bis 12.02 Uhr Verkehrsruhe herrschen. Während dieser zwei Minuten ertönen alle Warn- und Fabriksirenen.

In Berlin werden die Kriegsgefangenen-Gedenktage am 23. Oktober um 9 Uhr durch eine Ansprache des Regierenden Bürgermeisters über den SFB und den RIAS eröffnet. Um 14.20 Uhr trifft eine brennende Fackel

Berlin (Eigenmeldung). Vom 23. Oktober bis 7. November findet auf dem Ausstellungsgelände am Funkturm die diesjährige „Deutsche Gastwirts- und Konditorenmesse“ statt. In neun Hallen werden auf 31 000 qm Fläche gemeinsam mit den maßgebenden, an der Ausgestaltung beteiligten Innungen und Fachverbänden über dreihundert Firmen ausstellen. Das Angebot reicht von den Produkten der Ernährungswirtschaft einschließlich Getränken sowie den Erzeugnissen des Konditorenhandwerks bis zu den speziellen Maschinen und Geräten für das Hotel- und Gaststättengewerbe.

auf dem Flugplatz Tempelhof ein, die im Staffellauf zum Wittenbergplatz gebracht wird. Hier wird um 17 Uhr mit dem Feuer, das von der Burg Greene kommt, die große Gedenkkerze des DRK angezündet.

Um die gleiche Zeit treffen sich in den verschiedenen Bezirken die Kolonnen der Heimkehrer, die zur Feierstunde zum Sportpalast marschieren. Um 20 Uhr beginnt hier die Gedenk Kundgebung, auf der Vertreter des Senats und der Bundesregierung sowie des Verbandes der Heimkehrer sprechen.

Nach zehn Jahren Nachricht

Bielefeld (AP). Nach Mitteilung des Heimkehrerverbandes haben in den letzten Wochen zwei Bielefelder Familien die erste Nachricht seit Kriegsende von ihren Angehörigen in sowjetischer Gefangenschaft erhalten. Auf der einen Postkarte teilte ein Kriegsgefangener seiner Frau mit, es sei ihm nach mehr als neunjähriger Gefangenschaft erlaubt worden, „erstmalig in die Heimat zu schreiben“.

Dem Heimkehrerverband sind außerdem zwei weitere Fälle bekannt geworden, in denen von Gefangenen aus der Sowjetunion, die das letztmalig in den Jahren 1946 und 1947 geschrieben haben, nunmehr wieder Post eingetroffen ist.

Lehrlinge lehnen Politunterricht ab

Berlin (Eigenmeldung). Das SED-Zentralkomitee hat den „Staatssekretär für Berufsausbildung“, Wiesener, dafür verantwortlich gemacht, daß der gesellschaftspolitische Unterricht in den Berufs-, Fach- und Betriebsschulen der „DDR“ zu verbessern ist, damit eine gründliche Ausbildung der Jugendlichen auf diesem Gebiet gewährleistet ist. Anlaß zu dieser kritischen Maßnahme war das Ergebnis der jetzt beendeten Abschlußprüfungen. Von rund 144 000 Prüflingen haben

rund 70 000 die politischen Fächer nicht bestanden. Die anderen Lehrlinge, bei denen die politischen „Leistungen“ zufriedenstellend waren, weisen dafür z. T. große Lücken in ihrem fachlichen Wissen auf. Das Ergebnis der Prüfungen zeigt augenscheinlich, daß die Jugend der „DDR“ auf der einen Seite zwar bestrebt ist in fachlicher Hinsicht etwas zu leisten, dagegen an den einseitigen bolschewistischen Lehren völlig uninteressiert ist.

Nach dem Wahl-Theater der SED

„Volksvertreter“ ohne Legitimation — Was wird aus den Wahlversprechen?

Das sowjetzonale Wahltheater ist zu Ende; der Terror seiner Regisseure bleibt. Über den eigentlichen Wahllakt noch ein Wort zu verlieren, ist müßig. Diese „Wahlen“ waren in Vorbereitung und Durchführung charakteristisch für das Regime. Mit Politikern, die ihre Rechte aus solchen Wahlen ableiten, kann man nicht ebenbürtig verhandeln. Sie besitzen keinerlei echte Legitimation.

Der Bevölkerung der Sowjetzone, die nicht das Recht und Möglichkeit hatte, zu diesen „Volksvertretern“ Nein zu sagen, bleibt jetzt nur noch eins: Die Wahlversprechen, die die „Kandidaten“ vor dem 17. Oktober gaben, nicht zu vergessen. Gerade deshalb, weil die SED nie die Absicht hatte, diese Versprechen auch zu erfüllen.

Der Hauptteil der SED-Wahlkampagne war auf die Mittelschichten, auf Handwerker und Kleingewerbetreibende abgestimmt. Ihnen versprachen Regierung und Partei Unterstützung und Förderung. Die Namen der entsprechenden Kandidaten sind bekannt. Sie stehen in der Sowjetzonenpresse der letzten Wochen. Schon in Kürze werden diese Kandidaten in Amt und Würden sitzen. Sie werden Herr sein über die Existenz der Kleinbetriebe, über Rohstofflieferungen und Wiederaufbaumöglichkeiten. Jeder Bürger hat — die SED hat das schließlich ausdrücklich betont — auch in Zukunft das Recht, von diesen „Volksvertretern“ die Einhaltung der Wahlversprechen zu fordern.

Peinliche Situation

Die jetzt in Ämter und Funktionen nachrückenden Funktionäre wissen um diese peinliche Situation. Bereits jetzt versuchen SED-Leitungen und Ausschüsse der „Nationalen Front“, vieles von dem, was versprochen wurde, abzuschwächen oder umzudeuten. So wurde z. B. den Bewohnern von Berlin-Friedrichshain die sofortige Bebauung der an die Stalinallee grenzenden Seitenstraßen, die sich zum Teil in ruinenähnlichem Zustand befinden, zugesagt. Und dies, obwohl ein derartiger Aufbauplan in keinem Finanzplan Ostberlins enthalten ist. Der SED-Sprecher, Ost-BVG-Direktor Spieler, hatte bereits zehn

Tage vor der Wahl wegen dieses Versprechens einiges auszubaden.

Wo ist der „Volkskühlschrank“?

Irgendworn muß sich der Zorn entladen, sagten sich Köpenicker Einwohner und gingen bereits am Tag nach der „Wahl“ zum VEB „Kälte“, der laut Angabe eines SED-Kandidaten bereits 1955 einen unbeschränkt erhältlichen „Volkskühlschrank“ zu einem Preis von weniger als 400 Ostmark auf den Markt bringen soll. Der Vorstoß war in jeder Beziehung erkenntnisreich. Im Betrieb wußte man nämlich von nichts! Ja, da wären wohl einmal entsprechende Pläne gewesen, aber erstens habe man ja gar kein Material und dann... 1955? Man wäre eben froh, wenn man bis dahin die angeforderten Kühlanlagen für die HO produzierte!

Ähnliche Vorkommnisse wird man in der nächsten Zeit wohl noch häufiger erleben. Die SED-Kandidaten haben nämlich zum größten Teil völlig unsinnige und unreale Erklärungen abgegeben. Eine wesentliche Rolle spielte in den Wahldiskussionen das mangelhafte Wohnungsbauprogramm. Hier wurden teilweise terminbefristete Versprechungen gemacht. Was nun, wenn die Hausgemeinschaften jetzt allwöchentlich den neuen „Volksvertretern“ auf die Amtstuben rücken und sie an das Unerfüllbare mahnen? Und, wenn sich diese aus irgendwelchen Gründen nicht sprechen

lassen, die gesamte SED-Presse mit kleinen Erinnerungen bombardieren?

Den Ostberliner Kleingärtnern versprach der Treptower SED-Kandidat Werner Marx Gefüggelutter und Änderung von Mißständen in der Ablieferungspflicht. Wußten die Kleingärtner, daß Genosse Marx wenige Stunden später empörte Anrufe von der zuständigen Ministeriumsstelle bekam: wie er so etwas versprechen könne, wo doch jedes Kind wisse, daß dies mangels Masse überhaupt nicht möglich sei! Kandidat Marx sitzt ab kommende Woche in der Treptower Kommunalverwaltung!

Offenheit ist gefährlich

Mit der Situation nach der „Wahl“ ist es wie mit dem „Wahlakt“ selbst: Offenheit ist gefährlich! Es ist nicht überall geraten, den jetzt vorsichtig vorführenden Funktionären seine Meinung über Wahllügen ins Gesicht zu sagen. Gegen sachliche „Erinnerungen“ kann aber selbst die SED kaum etwas tun.

Manche SED-Funktionäre waren vorsichtig: Sie versprachen nichts weiter, als künftig noch eifriger für den Frieden zu kämpfen. Aber die Jugendlichen, die auf diesen Wahlsammlungen sanfte antimilitärische Harfentöne vernahmen, können diese den Werberrn der Kasernierten Volkspolizei wiederholen. Der Arbeiter, der im nächsten Jahr wieder keine Aussicht hat, einen FDGB-Ferienstrecke zu bekommen, mag sich bereits jetzt die einschlägigen Vorwahlveröffentlichungen zu rechtlegen. Wenn man es so nimmt, hat das Wahltheater vom 17. Oktober wenigstens auch für die SED ein unangenehmes Nachspiel.

Finanzsorgen Pankows

Berlin (Eigenmeldung). Die Kosten für die ständige Ausrüstung der Volkspolizei sowie die Zerstörungen durch die Hochwasserkatastrophe bereiten der Regierung der „DDR“ finanzielle Sorgen. Die Staatliche

Plankommission wurde deshalb beauftragt, einen Plan auszuarbeiten, nach dem für den Rest des Haushaltsjahres 1954 100 Millionen Mark eingespart werden können.

Überfremdung des Geisteslebens

Jedes fünfte Buch in der Zone ist eine Übersetzung

Der Börsenverein deutscher Verleger und Buchhändler in Frankfurt am Main hat in einer Broschüre den Strukturwandel der sowjetzonalen Buchproduktion im Vergleich zu Westdeutschland und zur Vorkriegszeit untersucht. Er ist dabei zu Feststellungen gekommen, die trotz ihrer nüchternen Sachlichkeit ein bezeichnendes Licht auf den Stand des Geisteslebens in der Sowjetzone werfen:

Die Buchproduktion der Sowjetzone, soweit sie im Handel vertrieben wird, betrug im vergangenen Jahr 4310 Veröffentlichungen (Titel). Ganz abgesehen vom grundlegenden Wandel des Inhalts der sowjetzonalen Literatur überhaupt, ist eine wesentliche Verschiebung im Anteil der einzelnen Sachgebiete an der Gesamtbucherzeugung eingetreten. Die Buchgattung „Technik und Handwerk“, die von den Machthabern als ein Instrument der Leistungssteigerung im Fünfjahresplan angesehen wird, ist auf 19 Prozent aller Buchtitel gestiegen und hat damit die Schöne Literatur, auf die 17,1 Prozent aller Buchtitel der Sowjetzone entfielen (1952 betrug der Anteil Schöner Literatur in der Bundesrepublik 17,4 Prozent), von der herkömmlichen ersten Stelle verdrängt. Das technische Buch nimmt heute in der Buchproduktion der Sowjetzone einen über dreieinhalbmal so großen Raum ein wie in Westdeutschland.

Diesem Vordringen der naturwissenschaftlich - technischen Disziplin entspricht ein starker Rückgang bei den meisten geistes-

steswissenschaftlichen Sachgebieten. Am stärksten ging der Anteil an rechtswissenschaftlichen Büchern zurück: gegenüber 1928 nämlich um 85 Prozent! Bei Philosophie und Psychologie fiel der Anteil um 58 Prozent, bei Religion und Theologie um 41 Prozent, bei Jugendschriften um 35 Prozent.

Rückgang der Geisteswissenschaften

Die Sachgebiete Medizin, Naturwissenschaften und Technik waren 1928 mit 17 Prozent an der deutschen Buchproduktion beteiligt, 1953 in der Sowjetzone aber mit 37,7 Prozent. Der Anteil der geisteswissenschaftlichen Disziplinen reduzierte sich dagegen um etwa 12 Prozent.

Der geistige Überfremdungsprozeß spiegelt sich aber am stärksten in der Tatsache wieder, daß sich unter den 4310 Titeln des vergangenen Jahres 890 Übersetzungen aus fremden Sprachen befanden (jedes fünfte Buch!), darunter 68,8 Prozent aus dem Russischen und 16,9 Prozent aus anderen osteuropäischen Sprachen.

Die Übersetzungsquote von 20,6 Prozent an der Gesamt-

buchproduktion sei wohl die höchste, die bisher in einem geschlossenen Produktionsgebiet festgestellt wurde, sagt der Börsenverein. Bei der westdeutschen Buchproduktion dagegen habe es 1952 nur 7 Prozent Übersetzungen gegeben und im Deutschen Reich von 1928 sogar nur 5,3 Prozent.

Nur noch 13 Privatverlage

Auch über die Revolution im Verlagswesen der Sowjetzone erteilt die Broschüre Auskunft. Es gibt dort mit Sicherheit nur noch 13 Verlage in Privatbesitz (10,4 Prozent). Bei 28 Verlagen (22,6 Prozent) sind die Besitzverhältnisse unsicher. Der Rest sind VE-Betriebe.

Schließlich wurde die Verlagsstadt Leipzig von ihrer traditionellen ersten Stelle verdrängt: 63,1 Prozent aller Bücher kamen 1953 im Ostsektor Berlins heraus, während in Leipzig nur noch 23,1 Prozent erschienen. Diese Verlagerung kennzeichnet nicht zuletzt das Ausmaß der Abwanderung vieler alter Leipziger Verlagsunternehmen nach dem Westen. Somit wird der Rückgang der Bedeutung Leipzigs als erste Buchstadt Deutschlands zu einem Maßstab für den Grad der geistigen Unfreiheit in der Sowjetzone.

Nach Westberlin abgesetzt

Franz Dahlems Sohn fürchtete Verhaftung

Berlin (DPA/AP). Der Sohn des ehemaligen SED-Kaderchefs Franz Dahlem, der 32 Jahre alte Robert Dahlem, ist nach Westberlin geflüchtet und hat um die Gewährung von politischem Asyl ersucht. Er erklärte, er habe Verhaftung durch den SSD befürchtet und in der Sowjet-

zone keine Lebensmöglichkeit mehr gesehen.

Vor einigen Wochen wurde bekannt, daß der Sohn des westdeutschen KP-Chefs Max Reimann in der Sowjetzone zu Zuchthaus verurteilt worden ist.

Arbeitsschutz zu gering

Berlin (Eigenbericht). Untersuchungen des sowjetzonalen Ministeriums für Gesundheitswesen über den hohen Krankenstand in der volkseigenen Industrie haben ergeben, daß dieser in erster Linie auf mangelnden Arbeitsschutz zurückzuführen ist.

Hierbei sei besonders anschlaggebend, das den arbeitenden Frauen zu große Anforderungen zugemutet würden. Es sei bedenklich, daß etwa 55 Prozent der arbeitsunfähig geschriebenen Kranken Frauen seien.

32,7 Millionen Mark SED-Beiträge

Berlin (Eigenmeldung). Nach einer Mitteilung aus dem ZK der SED belief sich das Durchschnittseinkommen der Mitglieder der SED im ersten Halbjahr auf 412 Ostmark monatlich. 7540 Funktionäre erhielten im gleichen Zeitraum Prämien durch Parteidienststellen, Verwaltungen und Betriebe in Höhe von 684 000 Ostmark. Das Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen

betrug im ersten Halbjahr 32 750 000 Ostmark.

Sowjetpanzer für Vopo

Berlin (Eigenbericht). Ein Transport 24 mittelschwerer Panzerwagen für die Kasernierte Volkspolizei ist jetzt aus der Sowjetunion eingetroffen. Sie sind für eine neu aufgestellte vollmotorisierte Division der Armeegruppe Nord bestimmt.



Sowjet-Deutsches Wahlbüro

Hindernisse auf der Reitbahn

In Westberlin fand kürzlich ein Reitturnier statt. Teilnehmer aus der Bundesrepublik waren dazu gekommen, die alliierten Garnisonen Westberlins hatten Teilnehmer gemeldet und zum allgemeinen Freude waren Reiter aus der Sowjetzone angesagt. Ganz plötzlich — Reiter und Pferde aus der Sowjetzone waren schon in Berlin eingetroffen — verbot die Pankower Aufsichtsbehörde den mitteleuropäischen Gästen den Start. Begründung: Die Teilnahme von Mitgliedern der Besatzungsmächte mache es den Reitern der Zone unmöglich, an dem Turnier teilzunehmen.

Ein seltsamer Einwand. Man ist ja sonst im Osten nicht kleinlich, wenn es um Sportpropaganda im westlichen Ausland geht und hat nichts dagegen, Sportler zu Wettkämpfen zu schicken, zu denen auch englische, französische oder amerikanische Teilnehmer gemeldet sind.

Die Hürde, über die Pankow in Berlin nicht springen wollte, waren denn auch tatsächlich nicht die westalliierten Turnier Teilnehmer, sondern vielmehr ein Preis von Stettin und ein Preis von Trakehnen, die bei diesem Reiterwettkampf ausgesetzt waren. Laut wollte die SED das allerdings nicht sagen, weil man sich bei der nächsten Gelegenheit doch wieder gesamtdeutsch gebärden möchte, wobei die Sache mit der „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ eben doch peinlich ist.

Das Verfahren, sich über die Westalliierten zu entrüsten und dabei etwas ganz anderes zu meinen, ist nicht neu. In der Diskussion über freie gesamtdeutsche Wahlen z. B. lehnt man eine Viermächte-Kontrolle entrüstet als „entwürdigend“ ab und fürchtet doch nur eine wirklich freie Stimmabgabe. Allerdings ist diese Taktik in der großen Politik so wirkungslos und durchsichtig wie auf der

Schneller Berufswechsel

Man sollte es nicht glauben, wie schnell Menschen ihren Beruf wechseln können! In Ostberlin und der Zone ist am Montag nach der Einheitswahl von heute auf morgen eine ganze Reihe von Leuten wieder in den alten Beruf des Parteifunktionsärs und Staatsfunktionärs zurückgekehrt, nachdem sie drei Wochen lang Arbeiter, Rentner oder sonst etwas Vertrauenerweckendes gewesen waren. Nur auf dem Papier natürlich, wo sie als Kandidaten angekündigt wurden.

Wenn jetzt z. B. Ottomar Geschke wieder einmal eine Rede hält, wird niemand mehr sagen: „Wir danken unserem Rentner Geschke für seine richtungswisenden Ausführungen.“ Bewahre! Jetzt heißt Geschke wieder „Genosse“ und niemand verschweigt, daß er zahlreiche hochdotierte Parteifunktionen innehat.

Arnold von Lenski würde empört protestieren, wenn man seine Dienstpost an den „KVP-Angehörigen v. Lenski“ adressierte. Gehört sich ja auch nicht gegenüber dem Chefinspekteur der sowjetzonalen Panzer- und Nachrichtenschulen im Generalsrang und ehemaligen Kommandeur der 24. Panzerdivision bei Stalingrad, der nur der Wahl wegen bescheiden als „KVP-Angehöriger“ bezeichnet worden ist.

Sollte gar einer auf den Gedanken kommen, im Ostberliner Magistrat zu Johanna Blecha zu sagen: „Fräulein, schreiben Sie mal...“ — na, nicht auszudenken. Denn die Dame ist gar nicht Sekretärin im Magistrat, wie man annehmen konnte, als man in der Kandidatenliste las: „Blecha, Johanna, 38 Jahre, Magistratssekretärin“. Die Dame war und ist vielmehr Sekretär, also einer der Stellvertreter des Bezirksvorsitzenden Ebert, und als heutige SSD-Beauftragte im Ostmagistrat als einzige voll zeichnungsberechtigt. Kein Dienstschreiben Eberts geht ohne ihre Unterschrift aus dem Haus.

Sie und alle die anderen sind nun wieder auch für die Öffentlichkeit das, was sie vorher waren. Genau wie die Pankower Regierung und die Volkskammer geblieben sind, was sie seit 1950 darstellen: „Volksvertreter“ ohne Legitimation des Volkes, von niemand gewählt, obwohl sie nun schon zweimal eine „Wahl“ veranstalteten.

kleinen Reitbahn in Berlin. Deutlich wird dadurch nur immer wieder, was tatsächlich hinter den Pankower Einheits-Papieren steckt.

Im Luftexpress über den Nordpol

Ein vierhundert Jahre alter Traum geht in Erfüllung

„Die Skandinavian Airlines System gibt den bevorstehenden Abflug ihres Clippers ‚Hjalmar Viking‘ nach Los Angeles und Tokio bekannt.“ Die Stimme der Ansagerin auf dem Kopenhagener Flugplatz Kastrup wird bei dieser Ansage nicht anders klingen, als wenn sie die Routen nach Hamburg, Stockholm oder London ankündigt. Und doch wird der Viking-Clipper, der am 15. November 1954 gegen 19 Uhr starten soll, einen Wendepunkt in der Geschichte des Zivilluftverkehrs darstellen.

Mit ihm und an diesem Tag nämlich geht nicht nur der 400jährige Traum der Menschheit von der Nordwest-Passage, dem kürzesten Weg von Europa nach dem Fernen Osten, in Erfüllung. An diesem Tag beginnt der regelmäßige Zivilluftverkehr über den Nordpol und damit

noch näher aneinandergerückt. Die viermotorige Clippermaschine, die in das Novemberdunkel startet, wird einen Wettlauf mit der Polarnacht veranstalten, und während fast des ganzen Fluges werden die Passagiere keine Sonne sehen. Zum Ausgleich dafür wird der Flug zur Zeit des Polartages durch ewigen Sonnenschein führen: Knapp 36 Stunden Nacht bzw. Tag zur japanischen Hauptstadt über Grönland, Fairbanks in

Alaska und Shemay auf den Aleuten, sowie 22 Stunden über Winnipeg in Kanada nach San Franzisko und Los Angeles.

Der Flug über die ewigen Eisfelder der Polarregion bedeutet eine Zeitersparnis von etwa 10 Stunden beim Flug Deutschland—Kalifornien und eine solche von 20 Stunden beim Flug Deutschland—Tokio. Abgesehen aber von der Zeitersparnis und dem Reiz der Neuheit bedeutet die Aufnahme des Passagierflugverkehrs über die Polarroute noch etwas anderes. Sie rückt die abgelegenen Gebiete um den Nordpol in den Mittelpunkt unserer Erdhälfte. Sie demonstriert, daß die kürzesten Verbindungslinien der nördlichen Halbkugel über den Pol führen und daß damit die polare Eiskappe mehr und mehr zum Zentralpunkt des Weltgeschehens wird.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

eine Revolutionierung des Reiseverkehrs auf der nördlichen Erdhalbkugel.

Von diesem Tage ab wird die SAS in vierzehntägigen Flügen von Kopenhagen oder von Bodö (Nördnorwegen) aus regelmäßige Passagierflüge auf der kürzesten, schnellsten und durch atmosphärische Störungen am wenigsten beeinträchtigten Strecke über das „Dach der Welt“ zu den Zentren in Westamerika und Ostasien durchführen. Passagierflüge über die ewige Eiskappe der nördlichen Arktis werden zur Alltäglichkeit gehören.

Vom 15. November ab wird die Welt noch mehr zusammenschrumpfen, werden die Zentren

Otto Nuschkes „Neue Zeit“ berichtete kürzlich, daß eine von der US-Regierung geförderte Propaganda - Organisation der evangelischen Kirche Westdeutschlands das Geld zum Bau von 49 Kirchen mit der Auflage politischer Propaganda gespendet habe.

Die Kirchen müßten entlang der Zonengrenze gebaut werden und auch wochentags unter der Tarnung als Gemeindehaus für politisch-religiöse Vorträge zur Verfügung stehen. Jeder Kirchenbau dieser Art dürfe 70 000 D-Mark kosten.

Zu dieser Meldung der „Neuen Zeit“ wird von kirchenamtlicher Seite folgendes festgestellt: „Die ‚Wooden Church crusade‘ wird von der US-Regierung nicht gefördert. Zu 49 Kirchen wird es aller Voraussicht nach nicht kommen. Bisher hat es sich um sechs evangelische und einige

katholische Kirchen gehandelt. Von politischen Auflagen ist nicht die Rede, ebensowenig von Vorträgen, die in den Kirchen gehalten werden sollen. Ausdrücklich wurde beim Richtfest im Sommer der ersten nunmehr eingeweihten Kirche in Ohe bei Reinbek betont, daß dieser „Holzkirchen-Kreuzzug“ keine politische Aktion sei.

Keine politische Aktion

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorflplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.